Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **279 (2000)**

PDF erstellt am: **03.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-377130

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

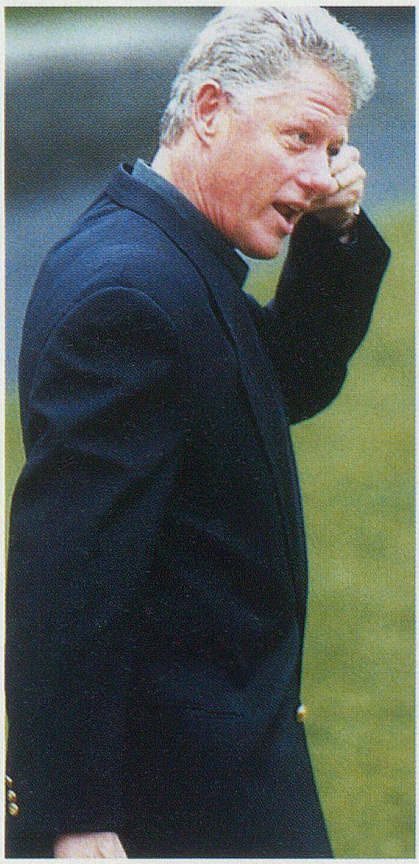
Blick in die Welt

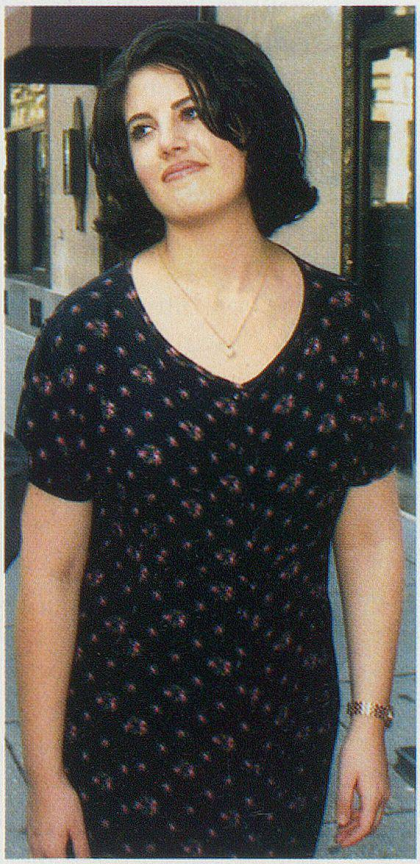
Dr. Walter Bührer, Trogen

Vom Erhabenen zum Lächerlichen sei nur ein Schritt, soll Napoleon I. auf der Flucht aus Russland im Dezember 1812 geäussert haben. Nicht nur Napoleons Schicksal illustrierte diese «Grundregel» der Weltgeschichte. Unkontrollierte Macht neigt zu Missbrauch und Gewalt. Und sie trägt den Keim des Zerfalls in sich, wie der Sturz des Franzosen-Kaisers oder der Zusammenbruch des sowjetkommunistischen Imperiums ausgangs der achtziger Jahre dieses Jahrhunderts bestätigten. Längst wissen wir über die «Banalität des Bösen» Bescheid, wie sie für den Nationalsozialismus und andere diktatorische Systeme so charakteristisch war (Hannah Arendt). Aber auch Demokratien sind gegen Einbrüche des Banalen nicht gefeit. «Erhabenes» findet sich mitunter kaum einen Schritt neben «Lächerlichem»: Über Monate hinweg zog die Lewinsky-Affäre die USA in ihren Bann – ungeachtet grosser aussenpolitischer Herausforderungen wie des Konflikts im Balkan, der anhaltenden Auseinandersetzungen mit Saddam Hussein, des stagnierenden Friedensprozesses im Nahen Osten (Israel/Palästina) sowie der Krisen in Russland und Ostasien.

Widersprüchliches Amerika

Amerika vermittelte der Welt ein widersprüchliches, ja verwirrendes Bild. Zwar erfreuten sich die USA einer ungebrochenen Hochkonjunktur. Erstmals seit den sechziger Jahren gelang es Regierung und Kongress wieder, das Bundesbudget auszugleichen. International blieb Amerika unangefochten die mächtigste Nation der Welt. Gewaltakte wie das Massaker an einer High School in Littleton (Colorado), dem am 20. April 1999 15 Schülerinnen und Schüler zum Opfer fielen, wurden jedoch als Alarmzeichen für schwerwiegende Fehlentwicklungen in der ameri-





Gefährliche Liebschaft: US-Präsident Bill Clinton und die Praktikantin Monica Lewinsky. *(Bilder Keystone)*

kanischen Gesellschaft gedeutet.

Über weite Strecken bot auch die US-Politik ein Bild der Orientierungslosigkeit: Am 19. Dezember 1998 eröffnete das Repräsentantenhaus ein Impeachment-Verfahren gegen Präsident Bill Clinton; als zweiter Präsident nach Andrew Johnson (1865–69) musste sich Clinton dem Richterspruch des Senats unterwerfen. Nicht wegen einer Handlung, die das Schicksal der amerikanischen Nation zentral berührte, sondern wegen einer privaten Affäre mit der Praktikantin Monica Lewinsky. Clinton wurde einerseits Meineid (vor einer Grand Jury) und anderseits Behinderung der Justiz vorgeworfen. In beiden Punkten sprach der Senat den Präsidenten zwar frei. Schaden nahm jedoch die Glaubwürdigkeit der US-Präsidentschaft, auch wenn sich Clinton anhaltend hoher Popularitätswerte erfreuen konnte. Die von bitteren Tönen begleitete Auseinandersetzung zeugte von einem tiefen Zerwürfnis zwischen dem Präsidenten und der republikanischen Parlamentsmehrheit, die ihrerseits geschwächt aus den Zwischenwahlen vom November hervorging. Sie band viel politische Energie, die gewinnbringender zur Lösung der anstehenden aussenpolitischen Fragen hätte investiert werden können.

Auch Russlands Präsident überstand ein Absetzungsverfahren. Vergeblich versuchten die Kommunisten, die stärkste Partei in der Staatsduma, den verhassten Jelzin aus dem Amt zu jagen. Die Anklagepunkte bezogen sich auf teilweise längst zurückliegende Ereignisse (Krieg in Tschetschenien; Parlamentsauflösung 1993; Zerfall der sowjetischen Armee; Auflösung der Sowjetunion und «Genozid am russischen Volk» wegen Verarmung). Weit eher hätten der angeschlagene Gesundheitszustand Jelzins und dessen sprunghafte, unberechenbare Amtsführung Anlass zu einem Absetzungsverfahren geben können. Das Bruttoinlandprodukt Russlands erreichte 1998 noch ganze 60 Prozent des BIP von 1991. Die Finanzkrise führte im August zur massiven Abwertung des Rubels und zur Einstellung des Schuldendienstes. Die Instabilität Russlands spiegelte sich auch auf politischer Ebene: Nachdem Jelzin Premierminister Viktor Tschernomyrdin im März 1998 wegen «wirtschaftspolitischen Versagens» entlassen hatte, blühte dasselbe Schicksal im August dessen Nachfolger Sergej Kirijenko. Jelzin wollte erneut Tschernomyrdin an die Regierungsspitze berufen, musste sich aber mit dem Parlament arrangieren: Zum neuen Regierungschef wurde der bisherige Aussenminster Jewgeni Primakow gewählt, der auch den Kommunisten genehm war. Acht Monate später, unmittelbar vor dem Amtsenthebungsverfahren, demonstrierte Jelzin abermals seine Macht: Er schickte Primakow in die politische Wüste – und ersetzte ihn wenige Tage nach dem überstandenen Impeachment-Verfahren durch den ehemaligen Innenminister und Generalobersten Sergej Stepaschin. Die einstige Weltmacht befand sich 1998/99 in einer Dauerkrise. Wie schwach und ohnmächtig Russland auf der internationalen Bühne geworden war, zeigte sich auch im Zusammenhang mit der Krise um Kosovo.

Krieg um Kosovo

Die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung im Südbalkan wurden brutal enttäuscht. Die diplomatischen Bemühungen der USA, der EU-Staaten und Russlands zerschlugen sich allesamt an der Unnachgiebigkeit des jugoslawischen Diktators Slobodan Milosevic. Milosevic hatte der Provinz Kosovo 1989 ihre Autonomie entzogen, die sie seit 1974 – seit Präsident Titos Zeiten – genoss. Politische Rechte in der zu 90 Prozent von ethnischen Albanern und nur zu 10 Prozent von Serben bewohnten Provinz wurden fortan systematisch unterdrückt; die wirtschaftliche Entwicklung kam zum Erliegen, albanische Schulen und Universitäten wurden geschlossen. Für die Serben gehörte Kosovo zum «geheiligten» serbischen Territorium. Hier, auf dem Amselfeld, war 1389 eine serbische Streitmacht von den vorrückenden Türken geschlagen worden; ein halbes Jahrtausend lang hatten Serben und Kosovaren unter osmanischer Herrschaft gelebt.

Der schwelende Konflikt zwi-

Der Luftkrieg der Nato mit immensen Schäden im ganzen Land zeigte Wirkung: Milosevics Generäle unterschrieben den vom Bündnis diktierten Abzugsplan.

schen den beiden Völkern kam 1998 zum Ausbruch. Die Kosovo-Befreiungsarmee UCK intensivierte ihre Attacken auf serbische Polizeistationen und Militäreinheiten. Der Gegenschlag der Serben löste einen ersten grossen Flüchtlingsstrom aus: Schätzungsweise 300 000 Menschen wurden vertrieben; viele von ihnen setzten sich nach Westeuropa ab. Die UCK erlitt eine weitgehende militärische Niederlage. Im Oktober 1998 kam ein Waffenstillstand zustande, der von OSZE-Beobachtern überwacht wurde. Den USA und den EU-Staaten gelang es jedoch nicht, eine dauerhafte Lösung herbeizuführen. Zweiwöchige Verhandlungen im Schloss Rambouillet bei Paris endeten am 23. Februar 1999 ohne Durchbruch: Zwar erklärte sich die kosovarische Seite bereit, ein Abkommen zu unterzeichnen, das Kosovo anstelle der geforderten Unabhängigkeit eine weitgehende Autonomie innerhalb Jugoslawiens gegeben hätte. Die jugoslawische Delegation widersetzte sich jedoch entschieden der Stationierung einer 28 000 Mann umfassenden Überwachungstruppe der Nato. Trotz massivem diplomatischem Druck und der Drohung einer Nato-Intervention blieb Milosevic bei seinem kategorischen Nein – was der Nato schliesslich keine andere Wahl mehr liess, als ihre Drohung wahrzumachen. Am 24. März 1999 eröffnete das atlantische Bündnis eine Luftoffensive gegen Jugoslawien.

Doch entgegen den Erwartungen der USA und ihrer Verbündeten lenkte das Regime in Belgrad langezeit nicht ein. Milosevic und seine Schergen nahmen den Luftkrieg vielmehr zum Vorwand, um im Kosovo die albanische Bevölkerung systematisch aus ihren Dörfern und Städten

Milosevic und seine Schergen provozierten durch die systematische Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo die Nato zu einem Luftkrieg. Die Folgen waren ein unbeschreibliches Flüchtlingselend.

zu vertreiben. Hunderttausende mussten im benachbarten Albanien und in Mazedonien Zuflucht suchen; sie berichteten von unbeschreiblichen Greueltaten der Serben, von Massenexekutionen, Vergewaltigungen und Brandschatzungen. Mazedonien und Albanien, beides bitterarme Länder mit zerbrechlichen politischen Strukturen, waren dem Ansturm kaum gewachsen: Tagelang mussten Flüchtlingsgruppen in den Grenzgebieten verharren, bevor sie in überfüllten Lagern Aufnahme fanden. Die Massenvertreibung der Kosovo-Albaner wuchs sich zur grössten Flüchtlingskatastrophe auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg aus. Auch die Evakuierung eines Teils dieser Menschen in westeuropäische Länder, nach Kanada und in die USA vermochte die Situation nicht nachhaltig zu lindern.

Die Bilder über das Flüchtlingselend bestärkten die Nato in ihrer Entschlossenheit, ihre Kriegsziele – die Rückkehr sämtlicher Kosovo-Albaner in ihre Heimat und die Stationierung einer internationalen, bewaffneten Überwachungstruppe – zu erreichen. Nach 79 Kriegstagen und über 30 000 Lufteinsätzen in ganz Jugoslawien erreichte das westliche Militärbündnis sein Ziel: die faktische Kapitulation Serbiens. Milosevic akzeptierte die Nato-Bedingungen, wohl nicht zuletzt, weil der Krieg unter den serbischen Truppen in Kosovo wachsende Opfer gefordert hatte. Zum Erfolg trug vor allem auch die Geschlossenheit der Nato angesichts der serbischen Aggression bei: Die Hoffnung des serbischen Regimes, die USA, Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und die übrigen Nato-Staaten durch ein Aussitzen der Bombardements auseinanderdividieren

zu können, erfüllte sich nicht. Erst nachdem Milosevics Generäle den von der Nato diktierten Abzugsplan unterschrieben hatten, stellte das Militärbündnis seine Luftangriffe ein. Mit einer UNO-Resolution wurde die Besetzung Kosovos durch eine internationale Friedenstruppe unter Führung der Nato sanktioniert, was faktisch auf die Schaffung eines Protektorats Kosovo hinauslief. Am 12. Juni begann der Einmarsch der Nato-Truppen; sie wurden von zurückgebliebenen Kosovaren jubelnd begrüsst. Trotz schwerster Zerstörungen, welche die Serben hinterlassen hatten, eröffnete sich damit die Aussicht, einen Teil der vertriebenen Bevölkerung vor dem Einbruch des Winters wieder in ihre Heimstätten zurückführen zu können.

Neue Ära im Nahen Osten

Einen Neuanfang erlebten Israel und der Nahe Osten: Bei den Wahlen vom 18. Mai 1999 wurde Premierminister Benjamin Netanyahu vernichtend geschlagen. Sein Herausforderer Ehud Barak von der Arbeiterpartei – ein ehemaliger Generalstabschef – erzielte über 56 Prozent der Stimmen. Netanyahus Niederlage war die Quittung für offenkundige Charaktermängel und eine dilettantische, auf blossen Machterhalt ausgerichtete Regierungstätigkeit. Unter ihm hatte sich das Klima im Nahost-Friedensprozess spürbar abgekühlt. Im Widerspruch zu den Oslo-Abkommen hatte Netanyahus Regierung weitere Siedlungsprojekte in den besetzten Gebieten und im arabischen Ost-Jerusalem vorangetrieben – was im März 1997 zu einem eigentlichen Gesprächsabbruch führte. Erst 19 Monate später kam der Friedensprozess auf amerikanischen Druck hin wieder in Gang: Am 23. Oktober 1998 unterzeichneten Netanyahu und PLO-Chef Yassir Arafat ein Abkommen, das Konzessionen von beiden Seiten vorsah: Die Israelis verpflichteten sich zum Rückzug aus weiteren 13 Prozent der Westbank-Gebiete, was die Zuständigkeit der Palästinenser auf rund 40 Prozent ausweiten sollte. Im Gegenzug erklärte sich Arafat zur Streichung jenes Artikels der Palästinensischen Nationalcharta bereit, welcher die Zerstörung Israels vorsah. An den neuntägigen Verhandlungen im Wye River Conference Center in Maryland beteiligten sich auch US-Präsident Bill Clinton und der krebskranke König Hussein von Jordanien. Netanyahu verfügte jedoch weder über die politische Kraft noch den Willen, das Abkommen umzusetzen. Aus

Neue Hoffnung für den Friedensprozess im Nahen Osten: die Wahl Ehud Baraks zum neuen israelischen Premierminister.

Empörung über den vereinbarten Rückzug kündigten die radikale Siedlerbewegung sowie Teile der Likud-Partei dem Premierminister die Gefolgschaft auf: Am 21. Dezember stürzte die Regierung über ein Misstrauensvotum.

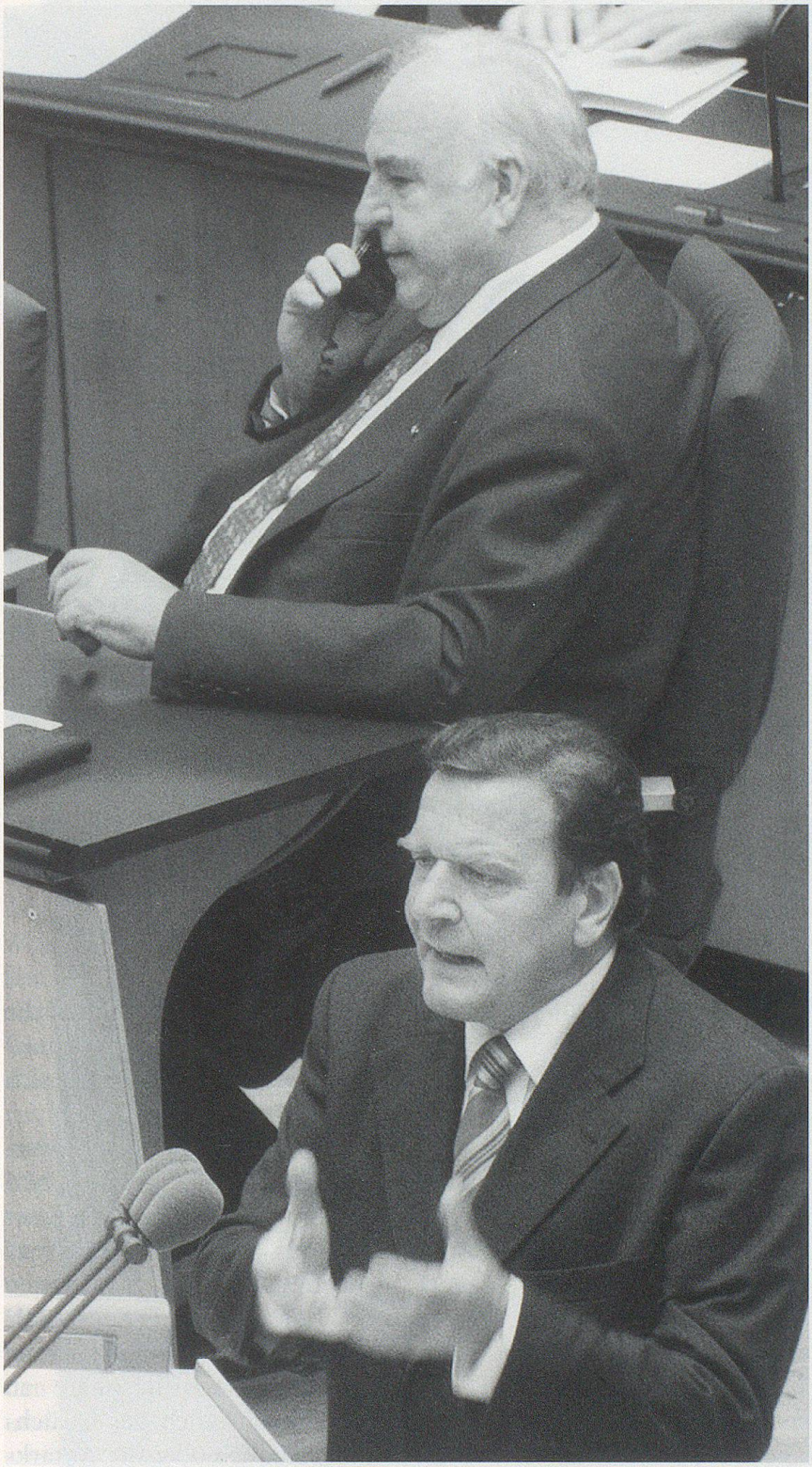
Eine Ära ging auch im benachbarten Jordanien zu Ende: Im Alter von 63 Jahren erlag König Hussein am 7. Februar 1999 einem Krebsleiden. Hussein hatte das Wüstenland seit 1953 regiert; im Alter von 18 Jahren war er formell zum König gekrönt worden, nachdem sein Grossvater Abdullah ibn Hussein 1951 einem Mordanschlag in der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem zum Opfer gefallen war. Unter Husseins Herrschaft hatte das Königreich zahlreiche schwere Krisen überstanden: die Kriege mit Israel, den Golfkrieg sowie die Herausforderungen durch radikale Palästinenser, arabisch-nationalistische Bewegungen und islamistische Strömungen. Im Nahostkonflikt spielte Hussein eine Schlüsselrolle; 1993 schloss das Königreich formell Frieden mit dem jüdischen Staat. Nachfolger Husseins wurde dessen Sohn aus erster Ehe, Abdullah.

Die Situation in der mittelöstlichen Region blieb krisenanfällig und explosiv: Kein rasches Ende des Bürgerkrieges war in Algerien abzusehen – obschon mit dem früheren Aussenminister Abdelaziz Bouteflika erstmals seit 1965 ein ziviler Präsident gewählt wurde. – In Iran hatten die liberaleren Kräfte um Präsident Khatami alle Hände voll zu tun, um ihren vorsichtigen Liberalisierungskurs gegen die islamistischen Fundamentalisten abzusichern. Bemerkenswert war immerhin, dass die iranische Regierung von der «Fatwa», der Todesdrohung gegen den Schriftsteller Salman Rushdie Abstand nahm. – Der Türkei gelang es, den Führer der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, in ihre Gewalt zu bekommen. Öcalan wurde am 15. Februar unter ungeklärten Umständen aus der griechischen Botschaft in Nairobi entführt und auf die türkische Gefängnis-Insel Imrali im Marmarameer verschleppt. Nach Öcalans Verschleppung kam es in mehreren euroäischen Städten zu gewaltsamen Protesten von PKK-Anhängern. Auch in Bern und Zürich wurden diplomatische Vertretungen tagelang belagert oder besetzt gehalten. Vor dem israelischen Generalkonsulat in Berlin wurden vier Kurden von israelischen Sicherheitskräften erschossen.

Ende einer Ära in Deutschland

Am 27. September 1998 ging in Deutschland eine Ära zu Ende: Bei den Bundestagswahlen erlitt die regierende Koalition aus CDU, CSU und FDP eine klare Niederlage. Die SPD errang 298 von 669 Sitzen, 46 mehr als bisher. CDU und CSU büssten 49 Sitze ein und kamen noch auf 245 Mandate. Die Grünen etablierten sich als drittstärkste politische Kraft mit 47 Sitzen, die FDP fiel auf 44 Sitze zurück, und die PDS errang 35 Mandate. Nach 16 Jahren kam es damit zu einem Machtwechsel: Neu übernahm eine Koalition aus SPD und Grünen unter dem 54jährigen Sozialdemokraten Gerhard Schröder die Regierungsgeschäfte. Der bisherige Bundeskanzler Helmut Kohl zeigte sich als fairer Verlierer und trat umgehend auch vom Vorsitz der CDU zurück. Unter Kohls Amtsführung hatte Deutschland eine schwierige Etappe seiner Geschichte gemeistert: Nach dem Fall der Berliner Mauer hatte Kohl Deutschlands Wiedervereinigung entschlossen vorangetrieben. Auch dem europäischen Einigungsprozess hatte er entscheidende Impulse vermittelt.

Einen grossen Schritt auf diesem Weg vollzogen die EU-Staaten mit der Schaffung einer neuen einheitlichen Währung – des Euro. Der Auftakt am 1. Januar 1999 gelang nach Mass; der Euro etablierte sich rasch als international anerkannte Rechnungswährung. Vorerst blieben dem Währungsverbund noch drei EU-Staaten fern: Grossbritannien, Schweden und Dänemark. Ebenso wie die Schweiz dürften sie jedoch in den nächsten Jahren immer stärker in den Sog der neuen Einheitswährung geraten. Am 1. Januar 2002 werden die Landeswährungen in den elf Teilnehmerstaaten definitiv zugunsten des Euro abgeschafft werden.



Ende einer Ära: Nach 16 Jahren Kanzlerschaft wurde Helmut Kohl (oben) von Gerhard Schröder abgelöst.

Die EU erlitt freilich auch einen Rückschlag: Wegen Korruptionsvorwürfen musste am 16. März 1999 die gesamte 20köpfige EU-Kommission zurücktreten. Nie zuvor in der 32jährigen Geschichte der EU hatte ein Kommissionsmitglied aus politischen Gründen demissioniert. Unter Beschuss geraten war namentlich die ehemalige französische Premierministerin Edith Cresson; ihr wurden besonders krasse Fälle von Günstlingswirtschaft angelastet. Die EU-Kommissäre, die von den EU-Mitgliedsstaaten jeweils für eine fünfjährige Amtszeit bestimmt werden, stehen einer Verwaltung vor, die gegenwärtig über ein Jahresbudget von 150 Milliarden Schweizerfranken und eine Bürokratie von mehr als 17 000 Personen verfügt. Am 25. März wurde Italiens angesehener früherer Ministerpräsident Romano Prodi als neuer EU-Kommissionspräsident bestimmt, womit Aussicht bestand, dass die EU eine ihrer schwersten Krisen rasch überstehen würde.

Emotionen löste die Verhaftung des ehemaligen chilenischen Diktators Augusto Pinochet Uguarte aus – vor allem in seinem Heimatland Chile, wo nach dem Putsch von 1973 weit mehr als 3000 Menschen umgebracht worden waren oder für immer verschwanden. Pinochet wurde in London festgenommen, nachdem ein spanischer Untersuchungsrichter einen Auslieferungsantrag wegen Verbrechen gegen die Menschlich-

Eine Unwetterkatastrophe («Mitch») verwüstete im Oktober 1998 die zentralamerikanischen Länder Nicaragua, Honduras, El Salvador, Mexiko und Belize.

keit gestellt hatte. Pinochets Festnahme wurde als bedeutsames Signal gewertet: Auch Staatschefs stehen nicht über völkerrechtlich anerkannten Normen, sondern können für schwere Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden.

Einen wichtigen Schritt in diese Richtung vollzog auch das UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag: Am 27. April 1999 stellte es den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic unter Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Unwetterkatastrophen

Im Oktober 1998 verwüstete eine Unwetterkatastrophe die zentralamerikanischen Länder Nicaragua, Honduras, El Salvador, Mexiko und Belize. Mit Windgeschwindigkeiten von 250 km/h und sintflutartigen Regenfällen traf der Hurrikan «Mitch» einige der ärmsten Regionen der Welt: Wegen der Hochwasser und Erdrutsche verloren schätzungsweise 11 000 Menschen ihr Leben. Allein 1500 Personen kamen um, als die Ränder des Vulkans Casitas in Nicaragua barsten und die im Krater gestauten Wassermassen mehrere Dörfer unter sich begruben.

Trotz dieser Katastrophe vermochten sich die Anfang November in Buenos Aires zu einer weiteren Weltklimakonferenz versammelten 170 Nationen nicht auf einen bindenden Aktionsplan gegen die weitere Erwärmung der Erdatmosphäre zu verständigen. Auch das berüchtigte Ozonloch über der Antarktis wuchs im Berichtsjahr weiter an: Ende 1998 war es nach Dar-

stellung des argentinischen Wetterdienstes mehr als 10 Millionen Quadratkilometer gross.

Auch die Schweiz betroffen

Klimaphänomene machten auch der Schweiz und ihren Nachbarländern zu schaffen: Die Alpen erlebten im Februar 1999 die stärksten Schneefälle seit den fünfziger Jahren. Zahlreiche Täler und Skistationen blieben während Tagen von der Aussenwelt abgeschnitten. Lawinenniedergänge forderten gesamthaft mehr als 50 Todesopfer: 10 Personen kamen in Evolène im Wallis ums Leben, zwei in Wengen. Das schlimmste Lawinenunglück ereignete sich im Paznauntal in Tirol: 38 Menschen, die meisten von ihnen Feriengäste, konnten nur noch tot geborgen werden.

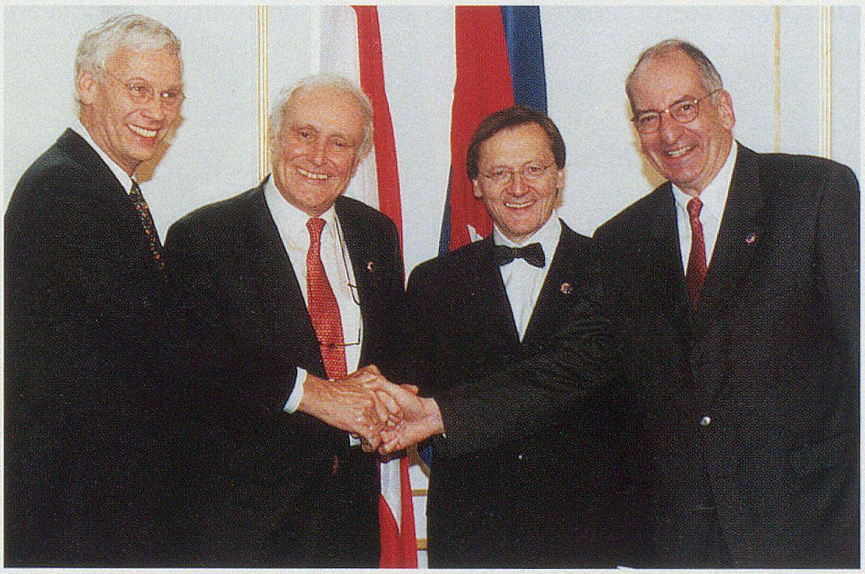
Dem schneereichen Winter folgte ein nasser Frühling: Ungewöhnlich starke Regenfälle führten im Mai in der Deutschschweiz zu Hochwassern und Überschwemmungen: Die Pegelstände der Alpenrandseen erreichten Höchststände, und mehrere Flüsse traten über die Ufer. Prekär war die Situation vor allem entlang der Aare, der Linth, der Thur und des Rheins, aber auch am Bodensee und am Vierwaldstättersee. Am stärksten betroffen wurden die tiefliegenden Quartiere von Bern, Thun und Luzern; über Auffahrt wie auch über Pfingsten mussten zahlreiche Gebäude evakuiert werden.

Innenpolitischer Rückblick

Nach Jahren der Stagnation kam in der Schweiz auf politischem Gebiet einiges in Bewegung: Mit der Europäischen Union konnten die bilateralen Abkommen abgeschlossen werden. Die Stimmberechtigten akzeptierten die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe und die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs als Basis für die Realisierung der Neat-Grossvorhaben. Volk und Stände stimmten auch einer erneuerten Bundesverfassung zu. Last but not least erlebte die Schweiz Bundesrats-Ersatzwahlen, die zu grossen Hoffnungen Anlass gaben.

Bilaterales Abkommen mit der EU

Nach der Grundsatzeinigung vom Januar 1998 über die Grundzüge eines Landverkehrsabkommens dauerte es noch fast ein Jahr, bis die sieben bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union abgeschlossen werden konnten. Insbesondere Italien und Deutschland pochten auf eine Öffnung der Schweizer Transitachsen für 40-Tonnen-Lastwagen. Nach einigem Hin und Her um Luftfahrtsrechte und Wein aus der Waadtländer Gemeinde Champagne konnte das Gesamtpaket schliesslich am 11. Dezember in der Wiener Hofburg unterzeichnet werden. Es bringt der Schweiz insbesondere beim Marktzugang in den EU-Ländern, beim Personenverkehr und bei den Luftfahrtsrechten wesentliche Vorteile, wogegen die EU ihre Interessen im Bereich des Landverkehrs weitge-



Am 11. Dezember unterzeichneten Vertreter der Schweiz und der EU in der Wiener Hofburg die bilateralen Abkommen.

hend durchsetzen konnte. Innenpolitisch waren die Abkommen vor allem wegen des erwarteten zusätzlichen Lastwagen-Transitverkehrs und wegen des freien Personenverkehrs umstritten. Die Gewerkschaften und die linken Parteien forderten energisch flankierende Bestimmungen gegen Lohndumping, während die vom Transitverkehr betroffenen Kantone ihrerseits Massnahmen gegen ein Überborden des Schwerverkehrs verlangten. Trotzdem wurden die bilateralen Abkommen weitherum als ein bedeutsamer Schritt der Öffnung gewertet: Sie erlauben der Schweiz, die politische Isolierung in Europa zu durchbrechen und wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet die Nachteile des Abseitsstehens zu mildern.

Wichtige Abstimmungen

Den Weg zum Verhandlungsdurchbruch ebneten zwei eidgenössische Volksabstimmungen: Nach einem emotional geführten Abstimmungskampf billigten die Stimmberechtigten am 27. September 1998 die Einführung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (mit einem Ja-Anteil von 57 Prozent), und am 29. November gaben sie der Finanzierung der Eisenbahn-Grossprojekte (mit 63 Prozent Ja) ihren Segen; damit können insbesondere die geplanten Basistunnels am Gotthard und am Lötschberg realisiert werden. Abgelehnt wurde die Gen-Schutz-Initiative, deren Annahme einen schweren Schlag für den Forschungsplatz Schweiz bedeutet hätte.

Am 18. April stimmten Volk und Stände der vollständig erneuerten Bundesverfassung zu. Obschon sie keine weitreichenden Reformen bringt, sondern das bisherige, geschriebene und ungeschriebene Verfassungsrecht in modernisierter Sprache zur Darstellung bringt, erwuchs ihr in der Endphase des Abstimmungskampfes erbitterter Widerstand aus rechtskonservativen Kreisen: Sämtliche Landkantone der Zentral- und der Ostschweiz verwarfen, wogegen die neue Verfassung in den Agglomerationskantonen und in der Romandie deutlich angenommen wurde. Wie bei der EWR-Abstimmung offenbarte sich ein tiefer Graben zwischen einer tendenziell öffnungs- und innovationsbereiten Schweiz und einer eher fortschrittsfeindlichen, nach innen gekehrten Eidgenossenschaft.

Entschärfter Streit

Die bitteren Auseinandersetzungen um nachrichtenlose Vermögen und das Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg konnten im Berichtsjahr entschärft werden: Am 21. August 1998 einigten sich die Grossbanken UBS und CS mit Sammelklägern und dem Jüdischen Weltkongress in New York auf einen aussergerichtlichen Vergleich, durch den sämtliche Ansprüche an Schweizer Banken und an den schweizerischen Staat abgegolten sein sollten; einzig die Versicherungen blieben von dem Vergleich ausgeschlossen. Dass amerikanische Städte und Bundesstaaten die Forderungen mit massiven Boykottdrohungen unterstützten und dabei auch mit haltlosen und pauschalen Beschuldigungen operierten, warf einen düsteren Schatten auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA. Die Kampagne erreichte nicht zuletzt darum ihr Ziel, weil der neutrale Kleinstaat Schweiz kaum auf Verbündete zählen konnte, welche ihr gegen ungerechtfertigte Angriffe beistanden, und weil ihr in kritischen Situationen die Fähigkeit abging, auf Druck von aussen angemessen, flexibel und selbstbewusst zu reagieren. Die Position der Schweiz war auch darum geschwächt, weil unser Land im Umgang mit Raubgold und nachrichtenlosen Vermögen nachweislich nicht genügend Sorgfalt und Feinfühligkeit gegenüber den Opfern des Nazi-Terrors hatte walten lassen.

Flüchtlingsproblem

Wegen der Kosovo-Krise sah sich die Schweiz mit einem ernsthaften Flüchtlingsproblem konfrontiert. 1998 schnellte die Zahl neuer Asylgesuche auf über 40 000 hoch, und 1999 wurde gar mit einer weiteren Verdoppelung gerechnet. Angesichts des Zustroms mussten zum Teil Truppenunterkünfte als Aufnahme-

Wegen der Kosovo-Krise sah sich die Schweiz mit einem ernsthaften Flüchtlingsproblem konfrontiert. 1999 wurde mit rund 80000 Asylgesuchen gerechnet.

zentren eingerichtet werden. Zur Betreuung wurden ab November auch Armeedetachemente eingesetzt. Die Schweiz war für kosovarische Flüchtlinge besonders attraktiv, weil sich hier bereits zahlreiche Landsleute als Gastarbeiter aufhielten. Trotzdem reagierte das Schweizervolk angesichts der Flüchtlingsnot in Albanien und Mazedonien grosszügig: Der Bundesrat verfügte gegenüber den kosovarischen Asylsuchenden die vorläufige kollektive Aufnahme, welche ein aufwendiges individuelles Asylverfahren erspart, und er erklärte sich zur Aufnahme von 2500 Flüchtlingen auf dem Luftweg bereit.

Trotzdem blieb das Asyl- und Ausländerproblem politisch heikel. Als einzige Partei scheute sich die SVP nicht, Themen wie «Asylmissbrauch» und Ausländerkriminalität aufzugreifen. Mit ihren zum Teil holzschnittartigen Positionsbezügen vermochte die SVP ihren Wähleranteil in den Deutschschweizer Kantonen fast überall markant zu steigern. Unter Druck gerieten die grossen Parteien der Mitte, die FDP und die CVP. Den Christlichdemokraten machten namentlich die Einbrüche der SVP in ihren traditionellen Stammlanden schwer zu schaffen.

Spektakuläre Bundesratswahl

Mit zwei Bundesrats-Demissionen erhielt die CVP zu Beginn des Wahljahrs 1999 einen beträchtlichen Bonus zugespielt. Anfang Januar gaben Arnold Koller und Flavio Cotti gleichzeitig ihre Demission bekannt – zumindest im Falle des Tessiners nicht ganz freiwillig, war es doch ein offenes Geheimnis, dass die Partei hinter den Kulissen Druck ausgeübt hatte. Wie nie zuvor ge-

Die noch nicht 35jährige Ruth Metzler und der 53jährige Joseph Deiss bei der Vereidigung als eben gewählte neue Mitglieder des Bundesrates.

staltete sich das Auswahl- und Nominationsverfahren zu einem Je-ka-mi von Politikern, Medien und Bevölkerung. Aus einem breiten Feld von Bewerberinnen und Bewerbern nominierte die CVP schliesslich die St.Gallerin Rita Roos, die Innerrhoderin Ruth Metzler, den Freiburger Joseph Deiss, den Obwaldner Adalbert Durrer sowie den Tessiner Remigio Ratti. Im Rennen blieben aber auch der Zuger Peter Hess und der Jurassier Jean-François Roth. In einer an Spannung und Überraschungen kaum zu überbietenden Wahlausscheidung setzten sich schliesslich die noch nicht 35jährige Ruth Metzler und der 53jährige Joseph Deiss durch. Besonders die Wahl der jungen, kecken Innerrhoderin wurde weitherum als Zeichen des Aufbruchs gewertet. Metzler übernahm das Justizministerium, Deiss das Departement für auswärtige Angelegenheiten.

Luftfahrtgeschichte

Das Berichtsjahr brachte auch Unerfreuliches: Aussergewöhnlich grosse Schnee- und Regenfälle (siehe oben) verursachten Schäden und Opfer. Kein anderes Ereignis sorgte in der Schweiz indessen für ähnlich grosse Betroffenheit und Anteilnahme wie der Absturz einer Swissair-Kursmaschine: 229 Menschen fanden am 2. September vor der kanadischen Ostküste bei Halifax ihren Tod; unter den Opfern befanden

Beim Absturz einer Swissair-Kursmaschine fanden am 2. September vor der kanadischen Ostküste bei Halifax 229 Menschen ihren Tod.

Dem Ballonfahrer Bertrand Piccard gelang es zusammen mit seinem britischen Co-Piloten Brian Jones, erstmals die Erde in einem Heissluftballon «nonstop» zu umfliegen.

sich 41 Schweizerinnen und Schweizer. Die MD-11 mit der Kursnummer SR 111 war in New York gestartet und befand sich auf dem Flug nach Genf, als plötzlich im Cockpitbereich Feuer ausbrach. Was in den letzten Minuten vor dem Absturz im Flugzeug genau geschah, liess sich aufgrund der im Meer gefundenen Datenschreiber nicht mehr rekonstruieren, da auch diese vom totalen Stromausfall an Bord betroffen waren. Bis zur Abfassung dieser Chronik war die Absturzursache noch nicht geklärt.

Für erfreuliche Schlagzeilen sorgte dagegen der Ballonfahrer Bertrand Piccard: Zusammen mit seinem britischen Co-Piloten Brian Jones gelang es ihm, erstmals die Erde in einem Heissluftballon «nonstop» zu umfliegen. Piccard und Jones starteten mit ihrem Ballon «Breitling Orbiter 3» am 1. März 1999 in Château-d'Oex und landeten am 20. März nach einer Strecke von 40 879 Kilometern in der ägyptischen Wüste. Sie vollbrachten damit eine der sensationellsten Pioniertaten der Luftfahrtgeschichte. Anteil an ihrem Erfolg hatte auch das Kontrollzentrum in Genf, das die beiden Ballonfahrer mit minutiös genauen Angaben über Wetter- und Windverhältnisse orientierte.

(Redaktionsschluss: 31. Mai 1999)